



Deutscher Akademischer Austauschdienst
German Academic Exchange Service



Außenwissenschafts- politik für eine multipolare Welt

Systemrivalität, Konfrontation und globale Krisen

Juli 2022



Außenwissenschaftspolitik für eine multipolare Welt

2

Der 24. Februar 2022, in dessen Morgenstunden der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine begann, ist noch am gleichen Tag als Zäsur in der europäischen Geschichte beschrieben worden. Kurz darauf wurde er auch als Zäsur in der deutschen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik greifbar: In seiner Rede vom 27. Februar sah Bundeskanzler Olaf Scholz eine „Zeitenwende“ gekommen. Der Deutsche Bundestag und die Bundesregierung leiteten die Abkehr von fundamentalen Prinzipien deutscher auswärtiger Politik der vergangenen Jahrzehnte ein: die Unterstützung eines nie dagewesenen Sanktionsregimes gegen Russland, das Ende der Energiepartnerschaft einschließlich der Gas-Pipeline Nord Stream 2, umfassende Waffenlieferungen an die Ukraine, ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr und ein klares Bekenntnis zum Zwei-Prozent-Ziel der NATO. Wenn 1989 das Ende des mehr als vierzig Jahre währenden Kalten Krieges mit der Sowjetunion markierte, dann bringt 2022 das Ende einer über dreißigjährigen Ära der Globalisierung mit dem Versuch der Einbindung Russlands und des gesamten postsowjetischen Raums.

Bereits unmittelbar nach Kriegsbeginn reagierte auch die deutsche Wissenschaft mit Entschlossenheit auf den russischen Angriffskrieg: Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen entwickelten eine Fülle von Hilfsangeboten für geflüchtete ukrainische Studierende und Forschende sowie Strategien für den Erhalt von Hochschulbildung und Forschung im Land selbst. Zugleich legten deutsche Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen gemeinsame Projekte mit russischen Institutionen auf Eis und schränkten den Austausch zwischen deutschen und russischen Studierenden, Promovierenden, Lehrenden und Forschenden massiv ein.

Vier Monate später, während die Brutalität und die Zerstörungen des Krieges in der Ukraine unvermindert anhalten, ist klar: Weder wird der Krieg eine flüchtige Episode in der europäischen Geschichte darstellen, noch werden seine Auswirkungen auf die internationalen wissenschaftlichen Beziehungen von kurzer Dauer sein. Damit stellt sich die Frage, welche langfristigen Auswirkungen die gegenwärtigen geopolitischen Risse auf den internationalen akademischen Austausch und die wissenschaftliche Zusammenarbeit der Zukunft haben. Mit Blick auf die gigantischen globalen Herausforderungen im Anthropozän – von Pandemien über Fragen der Sicherung der Welternährung bis hin zu den Folgen des Klimawandels – ergibt sich stärker denn je die Notwendigkeit, dass alle Staaten dieser Welt als globale Verantwortungsgemeinschaft gemeinsam handeln. Wie aber kann eine globale Verantwortungsgemeinschaft in der Wissenschaft funktionieren, wenn eine neue Welt(un)ordnung und eine substantielle Verschärfung systemischer Rivalitäten auf unserem Planeten mit damit einhergehenden neuen und umfassenden Aggressionen zu konstatieren sind?

Konkret: Worauf zielt die deutsche Außenwissenschaftspolitik (AWP) angesichts dieser Herausforderungen? An welchen Prinzipien kann und muss sie sich künftig ausrichten? Welche Allianzen sind zu stärken, welche auf den Prüfstand zu stellen? Bei diesen Fragen wird rasch deutlich: Internationaler akademischer Austausch und internationale wissenschaftliche Zusammenarbeit sind in diesen Zeiten dringlicher als je zuvor, denn wir sind auf die erfolgreiche Gestaltung unserer gemeinsamen Zukunft auf diesem einen Planeten angewiesen. Zugleich sind internationaler akademischer Austausch und internationale wissenschaftliche Zusammenarbeit komplizierter und riskanter geworden. Es bedarf daher klarer Grundsätze, an denen sich die Ausgestaltung einer AWP in der neuen Zeit orientieren kann und die der DAAD auf der Basis seiner weltweiten Expertise im Folgenden vorschlägt.

1. „Science Diplomacy“ ist wichtiger denn je!

4

Der Krieg in der Ukraine hat gezeigt, dass es nicht gelungen ist, Russland durch wirtschaftlichen, kulturellen oder wissenschaftlichen Austausch dauerhaft in eine tragfähige Partnerschaft einzubinden. Die positiven Effekte der 2018 aufgesetzten Deutsch-Russischen Roadmap für Wissenschaftskooperationen verblassen angesichts des vom russischen Staatspräsidenten gesetzten Primats geostrategischer Macht- und Kriegspolitik. Die deutsche AWP hat an dieser Stelle nicht vermocht, deeskalierend zu wirken, geschweige denn, dass sie über die letzten Jahre zur Liberalisierung der russischen Politik beigetragen hätte. Diese Beobachtung ist nicht auf Russland beschränkt: Wo Mauerfall und Wiedervereinigung ab 1989 noch die Hoffnung auf das grundsätzliche Streben der Menschheit nach demokratischen Strukturen schürten, erstarken seit Jahren vielerorts autokratische Regime. Damit muss die Vorstellung, „der Westen“ könne seine außenpolitischen Ziele durch bloße Überzeugungskraft und verstärkte (gerade auch wissenschaftliche) Zusammenarbeit erreichen, der Realität weichen.

Allerdings gründeten und gründen weder die deutsche AWP im Allgemeinen noch die Internationalisierungsaktivitäten der deutschen Hochschulen und Forschungsorganisationen im Besonderen auf dem Anspruch, als verlängerter,

„sanfter“ Arm von Außen- und Sicherheitspolitik zu dienen. Deutsche AWP diene kaum einmal als „soft power“. Wissenschaftsautonomie und ein geringes Maß an staatlicher Steuerung, der Föderalismus und eine nicht zuletzt historisch bedingte Zurückhaltung wissenschaftlicher Akteure vor politischer Inanspruchnahme haben einen partnerschaftlichen Ansatz des wissenschaftlichen Austauschs mit dialogisch ausgehandelten Zielvorstellungen begründet, für den das Konzept der „Science Diplomacy“ treffender erscheint. Dies gilt umso mehr, als die internationalen Kooperationen der deutschen Wissenschaft in erster Linie wissenschaftsimmanenten – und nicht geopolitischen – Zielsetzungen folgten und folgen. „Science Diplomacy“ bildet einen Ansatz, der auf Diskurs, Verständnis und einen über den eigentlichen Kooperationsgegenstand hinausgehenden interkulturellen Kompetenzaufbau ausgerichtet ist.

Dieser Weg der AWP zeitigt bis heute eine Vielzahl sichtbarer Effekte, auch weil er nicht auf *direkte* politische Einflussnahme abzielt. Das deutsch-kolumbianische Friedensinstitut CAPAZ beispielsweise bietet ein offenes Forum zu Friedensforschung und Konfliktprävention zwischen Kolumbien und Partnern im Ausland. CAPAZ setzt Impulse, die in der

Wissenschaftscommunity angenommen und ausgestaltet und von dort in die Zivilgesellschaft hineingetragen werden. In Ostasien veranstalten die nach dem „Matching Funds“-Prinzip finanzierten Zentren für Deutschland- und Europastudien regelmäßig Konferenzen zwischen Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern aus Japan, Südkorea und der Volksrepublik China, die ohne den gemeinsamen Nenner Deutschland und Europa kaum zusammenfinden würden. Alumni wie Alumnae deutscher Hochschulen nehmen in vielen Ländern Schlüsselpositionen in Politik, Wissenschaft und Wirtschaft ein, agieren als Brückenbauer und halten durch ihr Netzwerk und ihren Erfahrungsschatz aktiv Kanäle nach Deutschland und Europa offen. Es sind solche Effekte, die in Zeiten zunehmender Systemrivalität dringlicher sind denn je, um die Wirksamkeit politischer Diplomatie zu steigern.

Unter den veränderten Rahmenbedingungen werden darüber hinaus weitere Wirkungen, die die deutsche AWP jahrelang angetrieben haben, heute um ein Vielfaches bedeutsamer:

- Die persönliche Horizonterweiterung, die verbesserte akademische Qualifizierung und die gesteigerte interkulturelle Kompetenz sind in vielfacher Hinsicht belegte Wirkungen des internationalen Austauschs von Studierenden wie von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Die globale Verschränkung der Arbeitswelt wird dabei zwar künftig anders ausgestaltet, aber nicht grundsätzlich beendet sein. So wird auch die Fähigkeit von Arbeitskräften, in einem internationalen Berufsumfeld zu agieren, maßgeblich bleiben. Mehr noch: Wo politische Beziehungen komplizierter werden, braucht es umso mehr die Fähigkeit zur friedvollen und produktiven Gestaltung einer Zusammenarbeit in grenzüberschreitenden Projekten und internationalen Teams.
- Gleiches gilt für die Wirkungen des internationalen akademischen Austauschs auf die Wissenschaft selbst. So trägt internationaler Austausch zur verbesserten Qualität des wissenschaftlichen Erkenntnisgewinns wie zur verbesserten Verwertbarkeit dieses Wissens für soziale und technologische Innovationen

bei: durch eine höhere Perspektivenvielfalt, durch internationale Arbeitsteiligkeit und durch die höhere Spannweite persönlicher und institutioneller Netzwerke. Einen solchen Mehrwert der internationalen Kooperation für den wissenschaftlichen Fortschritt zu erzielen, wird im Angesicht des Innovationsdrucks, der mit Blick auf die vor uns liegenden großen gesellschaftlichen Herausforderungen auf der Wissenschaft lastet, künftig noch dringlicher.

- Ein Studium im Ausland und gemeinsame wissenschaftliche Projekte schaffen langfristige wechselseitige Bindungen zwischen Menschen und zwischen Institutionen. Die sozialen und organisatorischen Verflechtungen, die Sympathien und Loyalitäten zwischen Partnern bilden zwischenstaatliche Kohäsionskräfte und markieren gerade im Kontext von eingefrorenen politischen Beziehungen – wie aktuell im Verhältnis zwischen Deutschland und Russland – Pfeiler, auf denen Brücken in (wenn auch erst ferner) Zukunft wieder errichtet werden können.
- Schließlich entstehen in Zeiten zugespitzter Krisen und Konflikte neue Aufgaben für den internationalen wissenschaftlichen Austausch: Er muss künftig noch stärker dazu beitragen, Studierende sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die aufgrund ihrer wissenschaftlichen Arbeit oder ihrer politischen Werte in Not geraten, zu schützen. Er muss Hochschul- und Wissenschaftssysteme in Post-Konfliktländern stärken und deren Wiederaufbau stützen. Zugleich müssen im Angesicht globaler Rivalitäten weltweit bestehende Partnerschaften Deutschlands vertieft und weiterentwickelt werden, auch um Länder an Europa zu binden, die sich in einer Transformation mit ungewissem Ausgang befinden.

Eine AWP als Science Diplomacy ist mit Blick auf all diese Wirkungspotenziale heute mehr denn je eine Chance für die Gestaltung einer nachhaltigen, friedvollen Zukunft. Die neue Zeit der außenpolitischen Aggressionen und Systemkonfrontationen schärft die Bedeutung von AWP im Sinne von Science Diplomacy, erhöht ihre Reichweite und akzentuiert ihre Dringlichkeit.

2. „Science Diplomacy“ muss gestaltet werden!

6

Zunächst muss selbstkritisch festgehalten werden: Die lange gepflegte Annahme, dass wertebasierte Zusammenarbeit zwangsläufig positive Effekte habe, hat sich inzwischen als falsch erwiesen. Deutsche AWP kann heute nicht mehr davon ausgehen, dass internationale Kontakte zwischen Studierenden, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie zwischen Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen grundsätzlich zu Toleranz und gegenseitigem Verständnis, zu einem Mehrwert für alle Beteiligten oder gar zur Förderung liberaler, demokratischer Werte beitragen. Die Chancen des internationalen wissenschaftlichen Austauschs einzulösen kann – vor allem bei der Zusammenarbeit mit politisch herausfordernden Partnern – nur im Rahmen sensibler Aushandlungsprozesse und unter Abwägung von Risiken gelingen; dann ist ihr Wert allerdings umso höher einzuschätzen.

Für eine solche Abwägung gilt zunächst festzustellen, dass autoritäre Regime auch ihre Wissenschaftssysteme gegen Liberalisierungstendenzen zu immunisieren suchen. Auf Freiheitsansprüche – auch wenn sie aus der Wissenschaft kommen – reagieren sie in der Regel nicht mit der Preisgabe ihrer Herrschaftsansprüche, sondern oftmals mit verstärkten

Repressionen und Einschränkungen. Auch bei der grenzüberschreitenden Ausweitung ihrer Machtansprüche lassen sie sich nicht durch die internationale Verflechtung ihres Wissenschaftssystems aufhalten. Dies ist am Fall Russland nur zu deutlich geworden.

AWP muss daher anerkennen, dass wissenschaftlicher Austausch zu einer Währung geostrategisch orientierter Machtpolitik werden *kann*, indem wissenschaftlicher Erkenntnistransfer zu Machterhalt und -ausbau genutzt oder der Abbruch akademischer Beziehungen bewusst als Droh- und Abschreckungsszenario eingesetzt wird. Wir müssen akzeptieren, auch wenn es uns schwerfällt: Weder ist wissenschaftlicher Austausch in jeder Konstellation „gut“, noch dient er selbstverständlich immer „westlichen“ Werten, Interessen und der Verbreitung von Frieden, Freiheit und Demokratie.

Diese Einsichten grundieren eine Transformation im außenwissenschaftspolitischen Denken, die bereits seit den späten 2010er Jahren zu erkennen war und die durch den Krieg in der Ukraine voll ins öffentliche Bewusstsein getreten ist. Dabei hatte zuerst die systemische Rivalität mit China die Erkenntnis befördert, dass internationaler akademischer Austausch

nicht zwingend zu Stärkung und Ausweitung des europäischen und deutschen Wertefundaments beiträgt. Zudem zeigte sich, dass die Erträge des wissenschaftlichen Austauschs auch einseitig zum Vorteil von Staaten ausfallen können, die andere Wertvorstellungen und Rechtsordnungen vertreten. Die Krise in Afghanistan 2021 und die zunehmende Einschränkung der Wissenschaftsfreiheit in zahlreichen Staaten haben zusätzlich die Wirksamkeit von außenwissenschaftspolitischen Initiativen in Frage gestellt.

Politische Wirkungsansprüche von „Science Diplomacy“ befinden sich daher mehr denn je in einem komplexen Spannungsgefüge: Natürlich spiegelt das repressive, aggressive und machtpolitische Agieren von Regierungen nicht zwingend den Willen eines Volkes wider und können Begegnungen mit politisch Andersdenkenden bei der oder dem Einzelnen nachhaltige Wirksamkeit entfalten. Zu glauben, der vielerorts zu beobachtende Freiheitsverfall und die politische Abkehr von westlichen Werten sei nur ein letztes Aufbäumen, bevor eine neue Generation den demokratischen Aufbruch einleitet, wäre aber ebenso naiv wie gefährlich. Vielmehr ist bereits jetzt ein Exodus westlich geprägter und orientierter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nicht nur aus Russland beobachtbar, der die Situation in den Heimatländern in Zukunft eher noch prekärer werden lassen dürfte.

Was bedeutet dies nun für die deutsche AWP der 2020er Jahre? Zum einen eine Stärkung der Wirksamkeit, der Dringlichkeit, der Chancen, die AWP birgt. Zum anderen einen veränderten Blick auf ihre konkrete Ausgestaltung, der dem kompliziert gewordenen Kontext von AWP in der neuen Zeit Rechnung trägt.

Im Jahr 2021 hat der DAAD in diesem Sinn das konzeptionelle Gerüst einer „Außenwissenschafts-Realpolitik“ entworfen. Denn bereits vor dem russischen Überfall auf die Ukraine war klar: Auch die außenwissenschaftspolitischen Beziehungen müssen unter den Bedingungen einer sich verschärfenden globalen Systemrivalität und der entsprechenden Instrumentalisierung von Wissenschaft für geopolitische Ziele

in dieser Systemauseinandersetzung gestaltet werden. Ja, der internationale wissenschaftliche Austausch trägt nicht zwangsläufig zu Demokratie und Frieden bei, aber er ist mehr denn je Teil einer nationalen, europäischen und transatlantischen Sicherheitspolitik und muss auch als solcher ausgestaltet werden. International vernetzte Wissenschaft kann positive Effekte für die deutsche Sicherheitspolitik erzielen – indem sie zur Entwicklung von Lösungen für die globalen Herausforderungen wie Klimawandel, Naturkatastrophen, Pandemievorsorge und Konfliktverhütung beiträgt und ihre internationale Expertise zur wissenschaftsgeleiteten Politikberatung einsetzt.

Um die „Außenwissenschafts-Realpolitik“ entsprechend der im DAAD-Perspektivpapier *„Mehr Verantwortung wagen in einer global vernetzten Welt“* grundlegend skizzierten Richtung umzusetzen, sind fünf handlungsleitende Prinzipien zur Orientierung notwendig. AWP in der neuen Zeit ist:

a) wertebasiert und wertebewusst

Der persönliche internationale Kontakt von Studierenden sowie von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern birgt auch künftig die Chance, deutschen und europäischen Werten außerhalb Europas Raum zu geben und Sichtbarkeit zu verleihen. Diese persönlichen Kontakte sind gerade in denjenigen Staaten eine große Chance, die ihre analogen und digitalen Medien starker Kontrolle unterwerfen und in denen Zugänge zu einem liberalen Verständnis von Wissenschaft, Gesellschaft und Politik erschwert sind.

Zugleich kann nicht mehr davon ausgegangen werden, dass sich Werte wie Wissenschaftsfreiheit und wissenschaftliche Integrität via akademischen Austausch „von allein“ vermitteln – etwa auf Basis der Annahme, dass Wissenschaft ohnehin nur funktioniere, wenn sie sich diesen Werten verpflichtet fühle. Es zeigt sich vielmehr, dass Wissenschaft zumindest in bestimmten Disziplinen auch mit eingeschränkter akademischer Freiheit und ohne partizipatorische Struktur erfolgreich betrieben werden kann.

Deutsche AWP muss daher, wo sie ihre ideellen Grundlagen vermitteln will, die eigenen wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Werte explizit thematisieren.

Von Studierenden sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern deutscher Hochschulen, mehr noch von Funktionsträgerinnen und -trägern des deutschen Wissenschaftssystems verlangt dies, im persönlichen Kontakt und im Rahmen öffentlicher Auftritte Spielräume konsequent zu nutzen, um ihren Werten und Überzeugungen Ausdruck zu verleihen. Die Mitgestaltung des zivilgesellschaftlichen Dialogs bedarf bei deutschen Akteurinnen und Akteuren noch stärker als früher eines Bewusstseins, Teil der deutschen Zivilgesellschaft zu sein – und des Willens wie der Fähigkeiten, im Ausland als „Science Diplomats“ zu agieren. Dies kann im Einzelfall Mut und die Bereitschaft zur Beharrlichkeit dem Partner gegenüber, aber auch zum Konflikt erfordern. AWP nach der „Zeitenwende“ muss dazu auch Plattformen bereithalten, auf denen sich Akteurinnen und Akteure deutscher und europäischer Hochschulen und Forschungseinrichtungen über ihre Rolle im zivilgesellschaftlichen Dialog verständigen und austauschen können. Zugleich sollten deutsche Wissenschaftsorganisationen in ihren Kooperationsverträgen stärker als früher auch die Einhaltung von Wissenschaftsfreiheit als unverhandelbare Grundlage der Partnerschaft benennen. Mit einem klaren Bekenntnis zu demokratischen Werten gewinnen wir potenziell an Glaubwürdigkeit bei denen, die unter dem Verlust von akademischer Freiheit und weiteren Einschränkungen ihrer Grundrechte leiden.

Den wissenschaftlichen Werten Europas Ausdruck zu verleihen und sie offensiv zu vertreten, heißt angesichts zugespitzter globaler Konflikte auch, dass Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen heute verstärkt humanitäre Verantwortung übernehmen: für in Not geratene Studierende und Forschende sowohl in Deutschland als auch in Ländern des Globalen Südens, die den Zoll für die zahlreichen Krisen dieser Tage stärker zahlen als etwa die Länder der Europäischen Union. Für die Übernahme humanitärer Verantwortung braucht

es – wie aktuell in den Fällen der Ukraine und Afghanistans – Engagement, Ressourcen und regulatorische Spielräume, die das deutsche Wissenschaftssystem und die deutsche Wissenschaftspolitik als Teil einer AWP nach der „Zeitenwende“ dauerhaft zur Verfügung stellen müssen. Sie müssen dabei auch Antworten auf die Frage finden, auf welche Weise humanitäre Verantwortung und akademische Qualifikations- und Qualitätsansprüche vermittelt und zum Ausgleich gebracht werden können.

b) verantwortungsorientiert

Zu den fundamentalen Werten einer neuen AWP zählt das Bekenntnis zu einer nachhaltigen, generationengerechten Zukunft. Akteure einer solchen AWP verstehen sich als Angehörige einer „globalen Verantwortungsgemeinschaft“ (vgl. auch hier *„Mehr Verantwortung wagen in einer global vernetzten Welt“*). Die internationalen akademischen Beziehungen gilt es zu nutzen, um die großen Herausforderungen unserer Welt zu bearbeiten, so zum Beispiel Klimawandel, den Rückgang von Biodiversität und drohende Pandemien. Diese Herausforderungen können aufgrund ihrer globalen Dimension im Rahmen von international vernetzten Studien- und Forschungsaktivitäten besonders effektiv adressiert werden. AWP nach der „Zeitenwende“ muss dementsprechend auch systematisch in Klimaaußenpolitik, Globale Gesundheitspolitik und weitere Felder eingebunden werden, zu denen sie substanzielle Beiträge leisten kann.

Verantwortungsorientierung bedeutet auch, die Zusammenarbeit mit möglichst vielen Ländern der Welt auch im Kontext neuer geopolitischer Frontstellungen – soweit möglich – aufrechtzuerhalten und wertebasiert sowie risikoreflexiv (siehe Punkt e) auszugestalten. Deutsche AWP sucht auch unter schwierigen Bedingungen weiterhin Spielräume für die Artikulation und Ausarbeitung gemeinsamer Anliegen und für die partnerschaftliche Zusammenarbeit von Studierenden, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zu drängenden Zukunftsthemen. Es sind gerade diese Themen, die eine Brücke zwischen Ländern schlagen können, die sich sonst

als Konkurrenten oder Rivalen verstehen. So müssen und wollen wir auch mit herausfordernden Partnern im Austausch bleiben und nicht voreilig „rote Linien“ für die Zusammenarbeit markieren. Dass in außergewöhnlichen Zuspitzungen zwischenstaatlicher Konfrontationen die Grundlagen für eine Zusammenarbeit nicht mehr gegeben sind – wie derzeit und absehbar mit der Russischen Föderation – bleibt davon unbenommen.

c) interessengeleitet

Nicht nur autoritär regierte Staaten verfolgen mit der Internationalisierung von Hochschulbildung und Wissenschaft eine wissenschafts- und innovationspolitische Agenda. Gerade im Verhältnis mit Staaten, die AWP selbstbewusst machtpolitisch und geostrategisch einsetzen, müssen auch auf deutscher Seite akademische, wissenschaftliche und wissenschaftspolitische Interessen klar definiert und expliziert werden. AWP „nach der Zeitenwende“ ist auch Interessenpolitik.

Eine interessengeleitete AWP benötigt daher den Mut zu einem selbstbewussten Agieren sowie zur Analyse der anderen und eigenen Motivationen und Handlungsstrategien. So sollte unsere internationale Zusammenarbeit auch in Zukunft zuerst auf Fairness und Vertrauen basieren; sie ist aber kein Altruismus, sondern dient konkreten und auch zu benennenden Zwecken.

Für Deutschland kann eine solche Interessenorientierung die noch stärkere Berücksichtigung spezifischer Innovationsbedürfnisse der deutschen Wirtschaft und Gesellschaft bedeuten. Dies schließt etwa ein, Kooperationen in Hochschulbildung und Wissenschaft noch zielgerichteter zum Zugewinn von wissenschaftsbasierten Qualifikationen und wissenschaftlichen Ergebnissen im Bereich von akademischen Zukunftsfeldern zu nutzen, insbesondere der digitalen Technologien.

Auch des Themas Fachkräftemangel im In- und Ausland sollte sich eine interessenorientierte AWP annehmen. Dabei gilt es, dem Bedarf an hochqualifizierten Fachkräften sowohl in Deutschland als auch in seinen Partnerländern vor allem im Globalen Süden nicht nur durch die Ausbildung internationaler Studierender an deutschen Hochschulen oder durch den Zuzug von besonders qualifizierten Akademikerinnen und Akademikern aus dem Ausland entgegenzukommen. Es müssen auch dezidiert die grenzüberschreitende Vernetzung von Fachkräften sowie die optimale Vorbereitung von Hochschulabsolventinnen und -absolventen auf die Anforderungen einer internationalen Berufskarriere in einer globalisierten Welt sichergestellt werden. Bei der AWP der Bundesrepublik Deutschland sollte hierbei nicht die Abwägung „*brain drain vs. brain gain*“ im Mittelpunkt stehen müssen. Vielmehr sollte sie sich einer grenzüberschreitenden und für die Bedürfnisse des eigenen Arbeitsmarkts sowie der Arbeitsmärkte der Partnerländer optimierten *brain circulation* und der internationalen Vernetzung qualifizierter Fachkräfte verschreiben können, für die es die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen gilt.

Insbesondere engagiert sich eine interessenorientierte AWP auch dafür, Länder und Regionen für liberale Werte zu gewinnen, in denen sich globale Konkurrenten intensiv einbringen. Wissenschaftlicher Austausch kann gerade hier auch dazu beitragen, in die Zivilgesellschaft demokratische Werte zu tragen, Freunde für Deutschland und Europa zu gewinnen und politische Transformationsprozesse zu flankieren. Auch hier gilt natürlich, dass solche politischen Effekte nicht selbstverständlich zu erzielen sind; aber in vielen Ländern des Globalen Südens ist die Chance, dass sie erreicht werden, größer als das Risiko, sie zu verfehlen.

d) regional differenziert

AWP kann heute weniger denn je mit überall gleichen Zielen und Maßnahmen undifferenziert für alle Weltregionen gestaltet werden. Vielmehr müssen die möglichen Ziele unserer AWP – ihre beabsichtigten Beiträge (a) zum zivilgesellschaftlichen Dialog in Partnerländern, (b) zu nachhaltigen Lösungen globaler Herausforderungen, (c) zur Deckung deutscher Interessen wie etwa Innovationsbedürfnissen oder der Verfestigung von Freundschaften und zwischenstaatlichen Bindungen – regionalspezifisch konkretisiert und ihre Maßnahmen entsprechend moduliert werden. Dies ist für alle Instanzen relevant, die AWP in konkrete akademische Internationalisierungsstrategien übersetzen: für Hochschulen, für Wissenschaftsorganisationen sowie für die Bundesregierung.

Dabei bewegt sich die regionalspezifische strategische Ausrichtung der AWP stets im Spannungsfeld von Kooperation und Konkurrenz. Bewährte Partner zählen nicht selten zu den härtesten Mitbewerbern in einem gegebenen Forschungsfeld. Schon deshalb kann es auch künftig nicht darum gehen, bevorzugt oder gar ausschließlich mit sog. „like-minded“ Partnerinstitutionen und -regionen zusammenzuarbeiten. Die Erschließung neuer, weniger etablierter Kooperationsbeziehungen liegt in der Logik des internationalen Wettbewerbs und der global vernetzten Wissensproduktion. Ein Zurückfallen auf langjährige, vermeintlich risikoarme Verbindungen würde eine Verarmung der Beziehungen bewirken und Ungleichheiten weltweit verstärken. Zugleich liegt auf der Hand, dass gerade in unruhigen Zeiten verlässliche Partnerschaften besonders gepflegt werden sollten. Eine besondere Rolle spielt hier der europäische Hochschul- und Forschungsraum, dessen Stärkung und weitere Integration der Garant für die anhaltende Bedeutung europäischer Wissenschaft im Weltmaßstab ist.

Für ihre regionalstrategische Ausrichtung benötigt AWP mehr denn je Wissen über akademische und politische Rahmenbedingungen in einzelnen Ländern und Regionen. Sie braucht diese, um kenntnisbasierte Abwägungen über Ziele und Erfolgswahrscheinlichkeit von Kooperationen treffen zu können, aber auch, um den Austausch mit Partnern interkulturell sensibel zu gestalten. AWP gewinnt dieses Wissen aus sich selbst heraus, aus den Aufenthalten und der Präsenz ihrer Akteure in den Ländern der Welt. Zugleich muss dieses Wissen im Rahmen einer stringenten Weiterentwicklung von Formaten der Weiterbildung und des persönlichen Austauschs noch stärker geteilt und zur Diskussion gestellt werden.

e) risikoreflexiv

Werte-, Verantwortungs- und Interessenorientierung schließen sich nicht aus, sie zielen in die gleiche Richtung: hin zu einer – regional spezifischen – Reflexion der Wirkungen und Chancen, die der internationale akademische Austausch birgt. Gegenstand dieser Reflexion ist insbesondere die Frage, ob diese Wirkungen und Chancen überhaupt realisiert werden können oder ob es Effekte gibt, die erwünschte Wirkungen konterkarieren. Mit anderen Worten: Eine AWP „nach der Zeitenwende“ kann nicht mehr davon ausgehen, dass sie per se positiv wirkt, sie muss Chancen und Risiken sorgfältig abwägen. Es kann Kontexte geben, in denen Austausch und Zusammenarbeit mehr Risiken bergen als der Verzicht auf Austausch und Zusammenarbeit.

Zur Risikoabwägung zählt zunächst die Klärung, ob Spielräume für die Mitgestaltung von Zivilgesellschaft oder für die Erreichung globaler oder eigener Ziele überhaupt gegeben sind oder durch politische Rahmenbedingungen zum Verschwinden gebracht werden. Weitere Risiken sind im Forschungsbereich bereits oftmals benannt worden und der Kategorie des ungewünschten Wissenstransfers zuzuordnen; etwa im Zusammenhang mit „Dual Use“ und Proliferation oder Verstößen gegen IP-Rechte und den Datenschutz. In jüngster Zeit hat die Europäische Kommission das Spektrum solcher Risiken im Sinne der Abwehr von „Foreign Interference“ (unerwünschter ausländischer Einflussnahme) beschrieben; der DAAD hat diese Risiken bereits 2020 im Rahmen einer Publikation unter dem Titel *„Keine roten Linien. Wissenschaftskooperationen unter komplexen Rahmenbedingungen“* praxisnah erörtert.

Die Praxis zeigt zudem: Nicht immer haben wir es in der Hand, ob Dialog und Zusammenarbeit fortgesetzt werden können. Politische Verwerfungen schlagen mitunter unmittelbar auf den wissenschaftlichen Austausch durch. Entweder erweist sich der Rückzug aus einem gegebenen Land aus Sicherheitsgründen als notwendig, oder er erfolgt aufgrund politischer Repression. In den meisten Krisenkonstellationen überlagern sich Sicherheitsrisiken und politische Unterdrückung. Bevor die deutsche Wissenschaft über den Ausstieg aus der Zusammenarbeit befinden kann, werden von der Gegenseite schon Fakten geschaffen. In diesen Situationen setzen nicht wir Grenzen, sondern diese werden uns gesetzt.

Umgekehrt kann aus der Reflexion von Chancen und Risiken in bestimmten Ländern oder Regionen folgen, dass eine Begrenzung oder temporäre Beendigung akademischer Kooperationen von unserer Seite die schmerzhafteste, aber situativ angemessene Entscheidung ist. Diese Entscheidung – ebenso wie ihre konkrete Ausgestaltung – kann auch künftig nicht im Voraus (als „rote Linie“) erfolgen, sondern muss im jeweils spezifischen Einzelfall getroffen werden.

3. Fazit: Außenwissenschaftspolitik in den 2020er Jahren

12

Unsere AWP muss die Herausforderungen anerkennen, die ihr aufgrund wissenschaftsfremder machtpolitischer Erwägungen auferlegt sind. Und doch kann sie mehr denn je weitreichende – und gleichzeitig realistische – Geltung und Wirkungen beanspruchen: Eine in diesem Sinn „neue“ AWP trägt bei zu zivilgesellschaftlichem Dialog, zu einer nachhaltigen Entwicklung von Gesellschaft und Wirtschaft, zur Einlösung deutscher Interessen. Sie richtet diese Ziele regional unterschiedlich aus und wägt Chancen und Risiken der internationalen Zusammenarbeit gegeneinander ab. In einer zunehmend ungeordnet multipolaren Welt leistet sie ihren Beitrag zur Aushandlung und Umsetzung multilateraler Partnerschaften. Auf dieser Basis sind auch die Einschränkung und der Abbruch wissenschaftlicher Beziehungen außenwissenschaftspolitische Instrumente, wenn auch weiter nur im Sinne einer *Ultima Ratio*.

Mit ihrer wertebasierten und wertebewussten, verantwortungsorientierten, interessengetriebenen, regional differenzierten und risikoreflexiven Ausrichtung versteht sich die zukünftige AWP nicht als einseitig machtpolitische Intervention. Sie spannt vielmehr einen Raum auf für spezifische internationale Aushandlungen von akademischen, wissenschaftlichen wie politischen Positionen und Zielen zwischen Partnern (manchmal auch Konkurrenten) „auf Augenhöhe“. Derart als Praxis zwischenstaatlicher Aushandlungen verstanden und auf Reziprozität ausgerichtet, ist AWP eine „diplomatische“ Tätigkeit.

In genau diesem Sinn ist der hier beschriebene Zugang zur AWP weiterhin als Ansatz einer „Science Diplomacy“ zu verstehen. Dieser Ansatz akzeptiert:

- dass internationaler Austausch und wissenschaftliche Zusammenarbeit nicht von allen auf dieser Welt mit den gleichen Interessen und Zielsetzungen verfolgt werden;
- dass außenwissenschaftspolitische Beziehungen von allen AWP-Akteuren als Teil der allgemeinen auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, der nationalen Interessen, der europäischen Werte, der transatlantischen Sicherheitsinteressen gestaltet werden;
- dass wir in eine Phase der Weltgeschichte mit einer neuen Qualität der Systemauseinandersetzung eingetreten sind, in der angesichts der planetaren Herausforderungen des Anthropozäns die globale Verantwortungsgemeinschaft auch von der Wissenschaft bestmöglich aktiviert und mobilisiert werden muss.

Solchermaßen als diplomatische Praxis reformuliert, trägt AWP auch zukünftig zur Sicherung von Frieden bei. Eingebunden in den umfassenderen außen- und sicherheitspolitischen Rahmen zwischenstaatlicher Beziehungen, kommt ihren skizzierten Wirkungen ein beträchtlicher und noch steigender konfliktpräventiver Charakter zu. Nur unter Einsatz von Zensur und massiver Gewalt lässt sich diese präventive Wirkung aufheben und zerstören.

Impressum

Herausgeber

Deutscher Akademischer Austauschdienst
German Academic Exchange Service
Kennedyallee 50, D – 53175 Bonn
www.daad.de

Ansprechpartner

Dr. Ursula Paintner
Direktorin der Abteilung Kommunikation
paintner@daad.de

Als digitale Publikation im Internet veröffentlicht

1. Fassung, Juli 2022

© DAAD – Alle Rechte vorbehalten